

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

25.4.1924 (No. 97)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlich:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. M. E. N. D.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kartennachzahlung gütlich und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Nachdrucke und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen.

Wirtschaftliche Umschau

Wir wissen, daß es ohne Lösung der Reparationsfrage, so wie die Dinge heute liegen, keine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands und Europas geben kann, daß andernfalls schließlich auch der seit vorigem Herbst mühsam in Deutschland errichtete und einigermaßen stabile Notbau zusammenstürzen müßte. Die größte Schwierigkeit, welche bis jetzt anhält, ist die, daß die Reparationsfrage mit zahlreichen anderen Problemen politischer und auch wirtschaftlicher Art weiter aufs engste verflochten scheint. Das Gutachten der Sachverständigen hat aber das große Verdienst, daß es versucht, das Reparationsproblem herauszuschälen und so den Knoten zu lösen, der mit dem Schwere nicht durchhauen werden kann, das in französischen Händen ja bereits stumpfer geworden ist.

Nach übereinstimmenden Berichten aus der französischen Hauptstadt, ist man dort sicher nun „rührmüde“. Aber man vertraut andererseits doch weiterhin Poincaré, in dem man doch den Mann der Ordnung, den Retter der französischen Währung, sieht. Poincaré jedoch obstruiert bis jetzt, er will seine „Pänder“ nicht hergeben, das gegenwärtige Regime im Ruhrgebiet möglichst noch auf Jahre beibehalten und droht so, die Herbeiführung dessen zu verhindern, was die Sachverständigen als Voraussetzung der deutschen Leistungsfähigkeit und der Lösung des Reparationsproblems bezeichnet haben, die Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Einheit. Seine Gründe sind die bekannten politischen, das schlechte Gewissen Frankreichs gegenüber Deutschland und sein Hegemoniestreben auf dem Kontinent.

Deutschland hat sich zur Mitarbeit auf Grund des Gutachtens der Sachverständigen bereit erklärt, aber ohne die Sicherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit des Reiches und die Wiederherstellung der deutschen Verwaltungshoheit im besetzten Gebiet wird es einfach nicht imstande sein, Leistungen aufzubringen, die den von den Sachverständigen in Aussicht genommenen auch nur nahekommen, alle deutschen Bemühungen würden erfolglos bleiben müssen. Es kann nur Beibehaltung des Ruhrregimes u. der Leistungen nach den Micumverträgen oder Abgabe des Reparationsproblems geben, entweder entschlossene Reform oder Weiterführung des Übels. Die Reform wird Deutschland Lasten bringen, die auf ein tragbares Maß herabgesetzt werden müssen. Der gegenwärtige Zustand ist aber gleichfalls untragbar, zweifellos noch viel schwerer tragbar, als die Reparationslösung der Sachverständigen, wenigstens in den nächsten Jahren Betragen doch die Lasten der Micumverträge jährlich etwa 1,2 Milliarden Goldmark, wozu noch 300 Millionen Besatzungskosten kommen, während bei der Durchführung der Gutachten Deutschlands Leistungen zunächst zum weitaus größten Teil durch internationale Anleihen aufgebracht und Deutschland für einige Zeit Ruhe geschafft würde, bis es nach Wiederherstellung seiner Wirtschaftseinheit zu größeren Leistungen befähigt wäre.

Es gibt, wie gesagt, nur die Wahl zwischen der Neuorientierung der internationalen Nachkriegspolitik oder der Fortdauer des Nachkrieges. Darum, und um nichts anderes geht jetzt der Kampf. Wer den wirtschaftlichen Wiederaufbau will, muß der deutschen Regierung zustimmen, daß sie in Konsequenz ihrer bisherigen Politik die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an einer Lösung in der Richtung des Sachverständigengutachtens ausgesprochen hat. Wer aber in Deutschland der Reichsregierung darin opponiert, der will den Nachkrieg weiterführen, glaubt wirklich, daß Deutschland dabei gewinnen könnte oder — treibt Wahlagitation.

Die Arbeitslosigkeit ist überall in weiterem erfreulichen Rückgang. Bezeichnend ist allerdings, daß gerade die Industrien für Luxusartikel und bessere Waren die beste Beschäftigung haben. Dies wäre natürlich gänzlich bedenklich, sondern ein gutes Zeichen, wenn die Erzeugnisse als Exportwaren ins Ausland gingen. Es zeigt sich aber, daß weitaus das Meiste im Inland gekauft wird, da infolge künstlicher Hochhaltung der Preise für viele Artikel — Kosten doch z. B. manche Gemüße das dreifache des Friedenspreises — zum Teil in Deutschland noch sehr gut und leicht verdient wird und diese Leichtverdiener sich nichts abgehen lassen.

Auf der anderen Seite setzen immer neue Streikwellen ein, was sicherlich nicht lediglich ein Zeichen bloßer Unzufriedenheit der Arbeiterschaft darstellt, sondern der Ausdrucks davon ist, daß wir die Stabilität von Preisen und Einkommen noch nicht erreicht haben. Die oben angeführte zweifelhafte richtige Tatsache, daß wir noch vielfach überpreise haben, wurde auch kürzlich von Vertretern der Gewerkschaften dem Vizekanzler Jarres vorgetragen, wobei auch das Thema „Löhne und Inflation“ zur Sprache kam.

Man wird dem Vizekanzler hier unbedingt zustimmen müssen, wenn er dabei darauf hinweist, daß eine allgemeine Lohnerhöhung in Deutschland lediglich nominelle Bedeutung haben würde, wenn nicht zuvor die deutsche Wirtschaft, die in erheblichem Maße auf Export angewiesen ist, mehr verdient, d. h. wenn sich nicht zuvor unsere Handelsbilanz verbessert. Zusätzliche Kaufkraft wirkt inflatorisch, wenn nicht tatsächlich zusätzlicher Verdienst darin liegt. Gerade hierin zeigt sich, daß das deutsche Volk — ob es will oder nicht — zu einer Arbeitsgemeinschaft verbunden ist, die es entweder ausbauen oder verlassen kann. Dies gilt natürlich für beide Seiten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Nur im ersten Fall wird es imstande sein, für die Millionen, die nicht aus dem eigenen Boden ernährt werden können, Brot zu schaffen. Jede andere Entwicklung führt zu Inflation und neuem Elend. Es muß, nachdem nun einmal, gottlob, die Notenpresse stillgelegt ist, das Geld für erhöhte Löhne auch einkommen, sowohl in der Privatindustrie, wie auch bei Reich, Ländern und Gemeinden, zumal ja auch der drohenden Kreditinflation aus triftigen Gründen ihre Grenzen gezogen wurden.

Es bleibt dabei, daß uns nur Arbeit und Mehrproduktion retten können, nur dann können wir auch ein reelles, wirkliches und stabiles Geld behalten. Die Bezahlung nach Leistung ist hier der einzige und bleibende Ausweg, der desto zielbewußter und wirksamer gegangen werden kann, je mehr sich Absatz und Export heben. Die Widerstände gegen die Bezahlung nach Leistung, gegen erhöhte Arbeitszeit, gegen Akkordlöhne, gegen Kontrolle der Arbeitsleistung, sind somit tatsächlich Widerstände gegen die Gesundung unserer Wirtschaft. Wenn die deutsche Arbeiterschaft sich den Verechtern dieser Widerstände anschließt und sich nicht von wirklichkeitsfremden Doktrinen losmacht, sündigt sie gegen sich selbst.

Auf den Effektenbörsen herrscht flau, teils geradezu gedrückte Stimmung. Das Angebot ist groß. Gerüchte von drohenden Insolvenzen wollen nicht zur Ruhe kommen. Die Folgen der Frankenhauße zwingen die Spekulant vielfach zu Zwangsverkäufen. Auf dem internationalen Valutamarkt haben wieder Schwankungen der deutschen Mark eingesezt. Auf der Berliner Devisenbörse ist wenigstens weiterhin ein geringer Bedarfsrückgang und eine kleine Zunahme der Ablieferungen zu verzeichnen.

Gegen den Raub der deutschen Kolonien. Die Koloniale Arbeitsgemeinschaft hat, wie aus Berlin gemeldet wird, an den Völkern nach Genf ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt, der Raub der deutschen Kolonien bedeute einen Bruch der deutschen Reichs seitens seiner Gegner vor dem Abschluß des Waffenstillstandes gegebenen feierlichen Zusicherungen. Das gesamte deutsche Volk fordere daher die Rückgabe seiner Kolonien als sein unantastbares Recht.

Neue Verhaftungen in der Pfalz. In den letzten Tagen wurden in Rabel, Forz, Wörth und Maximiliansau mehrere junge Leute von der französischen Polizei verhaftet unter der Begründung, daß die Verhafteten ehemalige Mitglieder der Reichswehr und der Schutzpolizei seien. Die Verhafteten wurden in das französische Militärgefängnis Landau transportiert. Wie verlautet, sollen die Verhaftungen auf die Angaben von Spitzeln zurückzuführen sein, die sich in dem der Pfalz nahen unbefestigten badischen Gebiet, vor allem in Karlsruhe und Umgebung aufhalten.

Die Sachverständigen Gutachten

Deutsche Vorarbeiten

Die Reichsregierung ist auf Grund der letzten Beschlüsse der Reparationskommission dabei, ihrerseits die gesetzgeberischen und sonstigen Vorarbeiten für die baldige Bewirkung der Sachverständigenberichte einzuleiten. Es kommen dafür drei große gesetzgeberische Arbeiten in Betracht: die Schaffung der neuen Goldnotenbank, die Umformung der Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft und die Befreiung der Industrie von Goldhypotheken. Wie weit auf steuerlichem Gebiete gesetzgeberische Änderungen notwendig sind, wird sich erst noch zu zeigen haben. Der „Frankfurter Zeitung“ zufolge scheint die Regierung, wenigstens fürs erste, die Einführung des von den Sachverständigen empfohlenen Tabakzweigenhandelsmonopols für notwendig zu halten. Man wird wahrscheinlich versuchen, den gewünschten finanziellen Effekt auf dem bisherigen Wege der Besteuerung zu erreichen. Dazu würde natürlich ein allmähliches Anziehen der Steuerfüße für die von den Sachverständigen besonders benannten Gegenstände (Tabak, Bier, Alkohol und Zucker) gehören, wobei gleichzeitig nach dem Rat der Experten an die Ermäßigung der allgemeinen Umsatzsteuer gegangen werden könnte. Man wird solche Maßnahmen vorbereiten, aber es ist fraglich, ob man für die allernächste Zeit schon disponieren kann und nicht erst den Verlauf eines bestimmten Abschnittes, vielleicht des ersten Jahres, abwarten muß, bevor man endgültige Beschlüsse faßt. Die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfes über die neue Bank liegt zunächst in den Händen der Reichsbankleitung. Präsident Dr. Schacht ist über Ostern wiederum in Paris gewesen und erst dieser Tage von dort zurückgekehrt. Die Sachverständigen haben für die Konstruktion der neuen Bank eine Alternative gestellt: Entweder soll die Bank aus der Reichsbank heraus entstehen oder als selbständige Bank neben der Reichsbank errichtet werden. Für welche der beiden Möglichkeiten man sich hier entscheiden will, ist noch nicht bekannt.

Für die drei Organisationskomitees, die die Umbildung der Reichsbahn, die Errichtung der neuen Bank und die Befreiung der Industrie durchzuführen sollen, hat Deutschland eine bestimmte Anzahl von Vertretern abzuordnen. Dem Komitee für die Goldnotenbank wird entsprechend dem Vorschlag der Experten selbst Reichsbankpräsident Dr. Schacht angehören, von alliierter Seite wahrscheinlich Sir Robert Rinderstey (London). In dem Komitee für die Industriebefreiung sollen je ein Vertreter der deutschen Industrie und der Reichsregierung und mehrere alliierte Vertreter Sitz und Stimme haben.

Eine Wahlrede Poincarés

Bei einem Festmahl, das die Republikanische Vereinigung in Paris veranstaltete, hielt Ministerpräsident Poincaré eine Wahlrede, in der er sich eingehend mit der inneren Politik beschäftigte. Er erklärte, daß auch außerpolitisch die kommende Kammer eine große Aufgabe zu erfüllen habe. Sie müsse ihren Blick auch jenseits der Grenzen richten, um die Rechte Frankreichs zu sichern und den Frieden der Welt zu konsolidieren. Frankreich müsse Reparationen und Garantien für seine Sicherheit verlangen, ohne daß jemand seine friedlichen Absichten entstellen könne. Man müsse versuchen, schließlich zu einer allgemeinen Regelung zu kommen und man dürfe reelle Pfänder nicht gegen einfache deutsche Veripredungen austauschen. Man dürfe sich nicht auf einen Schuldner verlassen, der bis jetzt nichts getan habe, um zu erfüllen. Man dürfe Illusionen nicht für Sicherheiten nehmen und müsse im Geiste des Entgegenkommens verharren, ohne die Wirkung zum Opfer zu bringen. Das sei nicht nur die Aufgabe von morgen, sondern das langwierige und undankbare Werk mehrerer Jahre der Wachsamkeit. Das Land, das sich hierbei über die äußere Politik ausgesprochen habe, die die Regierung befolgt habe, werde sagen müssen, ob sie fortgesetzt werden solle, bis ein endgültiges Resultat erzielt sei, oder ob es vorzuziehen sei auf unbekannte Wege zu begeben, auf denen es zweifellos ohne Abgründe finden werde. „Ich zweifle nicht an meinem Urteil“, schloß Poincaré. „Niemand in Frankreich zweifelt ernstlich daran, und wer etwa im Auslande daran zu zweifeln hat, wird bald enttäuscht werden.“

Die französische Regierung hat bestimmt, daß von jetzt ab die Minister, die sich um einen Kammerstift bewerben, nicht mehr in öffentlichen Versammlungen das Wort ergreifen sollen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie zu den Sachverständigen Gutachten

Vom Reichsverband der deutschen Industrie wird dem B.W. folgende Resolution zum Gutachten der Sachverständigen mitgeteilt:

Präsidentium und Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erkennen an, daß das Gutachten des 1. Sachverständigenkomitees, das auf volkswirtschaftlichen Interessen aufgebaut ist, eine geeignete Grundlage zur Lösung der Reparationsprobleme darstellt, und bitten den Standpunkt der Reichsregierung, auf der Grundlage dieses Gutachtens zu verhandeln. Sie sehen davon ab, die vielfachen Einzelpunkte aufzuzählen, die nach einer Aufklärung bedürfen, und beschränken sich darauf, als fundamentale Voraussetzungen für die Annahme der Durchführung des Gutachtens zu bezeichnen:

1. Die Wiederherstellung der vollen administrativen und wirtschaftlichen Souveränität des Deutschen Reiches über die besetzten Teile Deutschlands;
2. daß die Ausführung des Gutachtens in demselben Geiste erfolgt, der die Gutachter bei der Abfassung ihrer Berichte befehl hat, insbesondere insoweit, als es sich um den unerlässlichen Schutz der deutschen Währung bei den sog. „transiers“ aus dem Reparationsfonds im Ausland handelt.

Politische Neuigkeiten

Die Finanzgebarung des Reiches

Die Übersicht über die Finanzgebarung des Reiches in der zweiten Aprildekade weist folgende Ergebnisse auf. (In Trillionen Papiermark):

1. **Einzahlungen:** a) Steuern, Zölle und Gebühren 90,21, b) Verschiedene Verwaltungseinnahmen 10,53; **Summe der Einzahlungen 100,74.**

2. **Auszahlungen:** a) Allgemeine Reichsverwaltung 41,58, b) Steuerüberweisung an Länder und Gemeinden 15,61, c) Rücklauf von Goldschahankreuzungen usw. zum Zwecke der Kursstützung 24,27; **Summe der Auszahlungen 81,46.** Mitin Überschuss 19,28.

Der Stand der Begebung von Rentenmarktschuldenseln war (in Trillionen Papiermark) am 10. April 1923, am 20. April 170,9. Die Zunahme in der zweiten Aprildekade beträgt somit 7,1 Trillionen Papiermark. Diese Beträge dienen, wie bekannt, als Betriebsmittelfonds. In den Erläuterungen zum Bericht heißt es: In den Zeitabschnitt vom 11. bis 20. April 1923 fallen sechs Zahltage. An diesen sechs Zahltagen betragen die Ablieferungen rund 100,7, die Auszahlungen rund 81,4, mithin der Überschuss rund 19,3 Millionen Goldmark. Hieraus ergibt sich für April bisher ein Überschuss von rund 2,6 Millionen Goldmark. Infolge des Einganges der am 10. April fällig gewordenen Steuern hat sich das Aufkommen gegenüber der Vordekade im Tagesdurchschnitt um rund 3,9 Millionen Goldmark erhöht, während die Ausgaben, obwohl in dieser Dekade die Bezahlungszahlungen für das letzte Monatsdrittel fällig waren, im Tagesdurchschnitt von 16,5 auf 13,6 Millionen Goldmark zurückgegangen sind.

Schacht über die Rentenmark

Die im Finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats lebhafte gefallene Äußerung, daß die Rentenmark nur noch 80 Pf. wert sei, hat zu den verschiedensten Bemerkungen und Deutungen in der Presse geführt, und weite Kreise mit Unruhe und Sorge über einen neuen Währungsverfall erfüllt. Um über diese vielfach aus dem Zusammenhang gerissene Bemerkung Klarheit zu schaffen und ihre völlige Bedeutungslosigkeit darzulegen, hat der Reichsbankpräsident Dr. Schacht am 23. April an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Rentenbank, Staatsminister a. D. Lentze, ein Schreiben gerichtet, indem es u. a. heißt:

Am 10. April war in einer gemeinsamen Beratung der Regierung des finanz- und wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats von einem Mitglied dieser Körperschaft die Äußerung getan worden, daß die Rentenmark nur 80 Pf. wert sei. Um einer Mißdeutung dieser Bemerkung entgegenzutreten, habe ich Gelegenheit genommen, bei der Fortsetzung der Ausschussbesprechung am 11. April auszuführen, daß in der ganzen Welt der Wert des Geldes, gemessen am Preisniveau der hauptsächlichsten Waren gegenüber dem Friedensstand, im Durchschnitt um etwa 40 Prozent gesunken ist. Bedauerlicherweise wurden auch diese Ausführungen in bewußter oder unbewußter Verkennung der tatsächlichen Bedeutung benutzt, um die Sache so hinzustellen, als hätte ich damit eine Unterwertigkeit der Rentenmark gegenüber der Goldmark feststellen wollen. Davon kann selbstverständlich nicht die Rede sein, wie jedem einseitigen Hörer meiner Worte ohne weiteres klar sein dürfte.

In jener Sitzung handelte es sich um die einfache Feststellung der allgemeinen Erhöhung des Preisstandes, die der größte Teil der Waaren erfahren hat und die sich naturgemäß in einer geringeren Kaufkraft des Geldes und damit auch der auf Gold lautenden Währungseinheit ausdrückt. Da die Rentenmark grundsätzlich der Goldmark gleichgestellt ist, nimmt sie selbstverständlich an diesem Vorgang teil, dem auch die hochwertigen Zahlungsmittel wie der nordamerikanische Dollar und die schwedische Krone unterworfen sind.

Gegenüber den mehrfach hervortretenden Versuchen gewissenloser Geschäftsleute, diese Tatsache zu einer Diskreditierung speziell der Rentenmark zu benutzen, sowie zur Nichtigstellung aller abweichenden publizistischen Darstellungen, erkläre ich ausdrücklich unter Hinweis auf meine Dresdenrede, daß die Rentenmark nach wie vor als vollwertiges inländisches Zahlungsmittel anzusehen ist, und die Reichsbank, wie die von ihr neuerdings eröffneten kreditpolitischen Maßnahmen und deren Wirkung auf die Devisenkurse beweisen, daß sie den ersten Willen hat, nicht nur die Stabilität der Rentenmark wie die der Papiermark unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, sondern auch über wirksame Mittel verfügt, diese Absicht durchzuführen.

Die deutschen Kolonien

In der Aula der Berliner Universität wurde am Mittwoch der Tag durch eine Gedenkfeier begangen, an dem vor 40 Jahren die deutsche Kolonialpolitik eingeleitet wurde durch einen Telegramm, in welchem Kaiser Wilhelm die Lüderitz-Erwerbungen in Afrika unter den Schutz des Reiches stellte. Sämtliche ehemaligen Gouverneure der deutschen Kolonien waren erschienen, so Meyer-Waldeck, Dr. Seih, von Truppel, Lindquist, von Neuenberg. Reichsminister Dr. Jarres und der Chef der Reichsmarine Admiral Behne waren anwesend, das Auswärtige Amt und die Reichsministerien waren vertreten.

Die Feier wurde eingeleitet durch einen Marsch der deutsch-afrikanischen Schutztruppe, unter dessen Klängen die Fahnen der kolonialen Kriegereinheiten in den Saal gebracht wurden. Professor Wöhe hielt die Eröffnungsansprache. Der ehemalige Gouverneur von Kamerun Dr. Seih führte aus: Wir haben erkannt, daß für ein großes Volk mit hochentwickelter Industrie und ausgedehntem Handel eine Kolonialpolitik zum Leben gehört. Unsere Kulturbeziehungen zur übrigen Welt sind durch den Verlust unserer Kolonien aufs schärfste beschnitten, wenn nicht ganz zerstört worden. Die Eingeborenen in allen unseren ehemaligen Kolonien wünschen nichts sehnlicher als die Rückkehr zu den Deutschen. General a. D. Reqnis würdigte die Taten und Opfer der Schutztruppe. Der Direktor der deutschen evangelischen Missionsgesellschaft, Professor D. Richter gab eine Darstellung des Wirkens der evangelischen Missionen in den deutschen Kolonien. Geheimrat Medizinalrat Nacht schilderte die Bedeutung der deutschen Kolonien für die medizinische Forschung. Die Bekämpfung der Schlafkrankheit sei erst durch die Arbeit der deutschen Forscher in unseren Kolonien möglich geworden. Wenn die Schutztruppen in Deutsch-Ostafrika unter Lettow-Vorbeck sich in den vier Jahren des Weltkrieges so heldenhaft behaupten konnten, so sei das auch ein Verdienst der vortrefflichen Kolonialärzte bei der Schutztruppe gewesen. Professor Freitag protestierte als Vertreter der katholischen Missionsgesellschaften dagegen, daß nach dem Raub der deutschen Kolonien die deutschen katholischen Missionare ausgewiesen wurden.

Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes schloß die Gedenkfeier.

Zum Tode Helfferichs

Karl Helfferich, der einen so tragischen Tod bei dem Eisenbahnunglück in Bellinzona genommen hat, war zweifellos eine markante politische Persönlichkeit. Freilich ist an ihm manches nicht verständig geliebt, vor allem seine Finanzpolitik während des Krieges. Karl Theodor Helfferich wurde am 22. Juli 1872 in Neustadt (Rheinpfalz) als Sohn eines Ju-

bristen geboren, besuchte die Universitäten in München, Berlin und Straßburg zum Studium der Staats- und Volkswirtschaft, unternahm in den Jahren 1894-1898 große Reisen zur Vertiefung seiner volkswirtschaftlichen Kenntnisse, habilitierte sich 1898 an der Berliner Universität für Volkswirtschaft und las am Seminar für orientalische Sprachen über Kolonialpolitik. 1901 wurde er als Referent für wirtschaftliche Angelegenheiten in die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes berufen, erhielt im selben Jahre den Professortitel und rückte in seiner Stellung beim Auswärtigen Amt 1902 zum Legationsrat, 1904 zum Wirklichen Legationsrat auf. Inzwischen war er 1903 Delegierter der deutschen Regierung bei den Verhandlungen, die damals in Berlin mit der amerikanisch-merikanischen Währungskommission stattfanden. Einen Ruf als ordentlichen Professor der Staatswissenschaften nach Bonn lehnte er 1904 ab, wurde im folgenden Jahre Vortragender Rat in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes und schied 1906 aus dem Reichsdienst aus, um den Posten eines Direktors der Anatolischen Eisenbahn anzunehmen. Diesen vertrat er bis zum Reichsdienst aus, um den Posten eines Direktors der Deutschen Bank in Berlin. Im Jahre 1913 war er Delegierter des Deutschen Reiches bei der internationalen Finanzkonferenz zur Regelung der Balkanfragen in Paris.

Als er während des Krieges im Januar 1915 zum Reichssekretär ernannt wurde, trat er aus dem Vorstand der Deutschen Bank, dem er bis dahin angehört, aus, legte am 1. August eingehend die Finanzlage im Reichstage dar, hielt am 8. Februar 1916 seine erste große Rede gegen die englische Weltmacht und empfing am 25. März ein sehr anerkennendes Handschreiben des Kaisers. Am 22. Mai desselben Jahres wurde er als Nachfolger Delbrücks zum Staatssekretär des Innern ernannt und übernahm zugleich die Stellvertretung des Reichsfinanzministers, sprach am 28. April im Hauptversammlung über die Wirkung des U-Boottkrieges auf das Wirtschaftsleben Englands, bereiste im Mai Belgien und behandelte in einer bedeutsamen Rede im August abermals die Wirkungen des Unterseeboottkrieges. Bei der Umgestaltung in der Befehlshaber Stellen am 5. August 1917 befehlt Dr. Helfferich zwar die allgemeine Stellvertretung des Reichsfinanzministers im Reich und in Preußen, gab aber das Reichsamt des Innern ab und schied im November, nachdem Vorgänge im Reichstage ihm Gegnerschaft eingetragen hatten, auch aus der Stellvertretung des Reichsfinanzministers aus. Im Juli 1918 wurde er zum Gefandten des Deutschen Reiches in Moskau ernannt. Nach der Revolution war er der führende Kopf der Deutschnationalen Volkspartei. Außer seinen Reden sind von ihm mehrere vielbeachtete Schriften über währungs-, bank-, handels- und kolonialpolitische Fragen erschienen, darunter als seine Hauptwerke: Die Reform des deutschen Geldwesens, Handelspolitik, Geld und Noten.

Wie der Bruder Karl Helfferichs, der Direktor Wilhelm Helfferich in Mannheim der dortigen Zweigstelle des Volkswirtschaftsvereins, hatte ihm sein Bruder angezeigt, daß er von dem Sommerfest seines Schwiegervaters, Gg. v. Siemens in Straßburg am Lago Maggiore, wo Dr. Helfferich sich zur Erholung aufgehalten hatte, gemeinsam mit seiner Mutter nach Mannheim zurückreisen werde, wo er Dienstag vormittag 11 Uhr 38 mit dem Schnellzug eintreffen sollte. Während die Mutter in Mannheim aussteigen sollte, beachtete der Abgeordnete, sofort die Reise nach Hanau fortzusetzen, wo er in einer Wälderanstellung am Dienstagabend, wie Mittwochabend in Frankfurt a. M. als Redner angemeldet war.

Die deutschen Minoritäten in Polen

Aus Warschau, 19. April, wird uns geschrieben: Der frühere Sejmarschall und jetzige Senatspräsident Trampczynski hat in einem Interview sich für die Kündigung des Minoritätenvertrages ausgesprochen, den Polen vor 4 Jahren mit der Entente abgeschlossen hat und der dem polnischen Staat die Verpflichtung auferlegt, den nationalen Minderheiten die gleichen Rechte zuzubilligen wie der polnischen Mehrheit. Als Trampczynski deshalb im Senat von dem deutschen Senator Gombach angegriffen wurde, zog er sich formell darauf zurück, daß er in dem Interview nicht als Senatspräsident, sondern nur als Staatsbürger und Jurist seine Auffassung wiedergegeben habe. In sachlicher Hinsicht blieb Herr Trampczynski bei seiner Forderung, daß der polnische Staat im Interesse seiner Selbstständigkeit wenn nicht die Aufhebung des Minoritätenvertrages, so doch mindestens Abänderung verlangen müsse. Um die polnischen Parteien für seine Auffassung zu gewinnen, berief sich Trampczynski auf das bekannte im vorigen Jahre ergangene Urteil des Obergerichtshofes in der Angelegenheit der Vertreibung der deutschen Ansiedler.

Der Senatspräsident meinte schließlich, der mit der Entente abgeschlossene Vertrag zum Schutze der Minderheiten wäre ja eigentlich überflüssig da 9 Jeddert der Bestimmungen des Vertrages in die polnische Verfassung vom 17. März 1921 aufgenommen worden seien, mithin also schon die Verfassung der Minderheiten ausreichenden Schutz böte. Wie schau! Der keine Unterchied besteht nur darin, daß, wenn eine polnische Regierung gegen die Bestimmungen der Verfassung verstoßt, ihr kein anderer Staat hineinzureden hat, weil es sich um eine innere polnische Angelegenheit handelt, daß aber, wenn sie gegen die Bestimmungen eines internationalen Vertrages verstoßt, der Vertragspartner, in diesem Falle also die Staaten der Entente, die Innehaltung der Vertragsbestimmungen verlangen kann. Schon jetzt verletzt Polen trotz der Geltung des Minoritätenvertrages die Rechte der Minderheiten unangenehm, die nationalen Minderheiten wären aber vollkommen der Willkür preisgegeben, wenn der Vertrag mit der Entente aufgehoben würde. Dem aus seiner Verletzung der Vertragsbestimmungen würden sich die polnischen Nationaldemokraten herzlich wenig machen. Ganz abgesehen davon, daß ihnen die Möglichkeit einer Aenderung der Verfassung bliebe, wie sie ja beispielsweise jetzt schon eine Abänderung des Wahlrechts zugunsten der Minderheiten anstreben.

Es ist beachtenswert, daß die Auslassungen Trampczynskis nicht nur bei den Deutschen, sondern auch auf polnischer Seite auf Widerspruch gestoßen sind. Der hiesige „Kurjer Poranny“ hat den Vorschlag Trampczynskis als einen höchst unglücklichen Gedanken bezeichnet und gesagt: „Der Urheber dieses Planes ist sich augenscheinlich nicht darüber klar, daß es für alle internationalen Mächte gegen Polen nichts Erwünschteres geben kann, als ein in diesem Augenblick unternommener Versuch dieser Art.“ Trampczynski denke wie alle großpolnischen Politiker ausschließlich an die Westmarken Polens. Diese aber seien mit dem polnischen Staatsorganismus noch am festesten und sichersten verbunden, während über den Ostproben Polens weit bedrohlichere Wolken schwebten. Im Osten, nicht im Westen, befände sich der Hauptteil derjenigen Minderheiten, die dem polnischen Staat mit Unterstützung der benachbarten Mächte einen erbitterten Kampf anfangen könnten. Der „Kurjer Poranny“ denkt, da er von „Mächten“, also von einer Mehrzahl von Staaten, spricht, offenbar nicht nur an Rußland, sondern auch auf die Tschechoslowakei, in der allerdings große und einflussreiche Kreise mehr als einmal ihre Sympathien für die Ruthenen Dzializsien ausgesprochen haben. Der „Kurjer Poranny“ könnte aber statt mit Rußland mit Engländern reden, er würde die Nationaldemokraten vom Schlage Trampczynskis doch nicht von ihrer Westschwärze abbringen.

Parteiübergreifend und Schulmißere der Ukraine

Aus Charlow, Mitte April, wird uns geschrieben:

Ob durch den Tod Lenins der Moskauer Nachthaber sich ein Gefühl der Unsicherheit bemächtigt hat oder ob innerhalb der Zentralkommission der radikalen Theoretiker wieder die Oberhand gewonnen haben: genug, der Doktrinarismus und die Parteischneiderei machen sich nicht nur in Großrußland, sondern auch in der Ukraine wieder härter bemerkbar. Ist doch von Moskau geradezu die Parole ausgegeben worden, eine neue „Reinigung der Partei“ herbeizuführen, die, soweit die Ukraine in Betracht kommt, zunächst in Odessa vorgenommen werden soll. Ein Zeichen der wieder gestiegenen Macht der Polizei ist auch die Tatsache, daß der Leiter der G. P. U. (Abkürzung für die Politische Staatspolizei) Herr Balitzki, unter Belassung in seiner bisherigen Stellung zugleich zum Volkskommissar für Inneres ernannt worden ist.

Einige weitere Beweise der gesteigerten politischen Unzulassung: Es ist eine Verfügung erlassen worden, nach der „sozial-gesellschaftliche Elemente“, die auf gerichtlichem oder administrativem Wege — wer denkt da nicht an die Zarenzeit! — ausgewiesen worden sind, innerhalb von 3 Jahren nach ihrer Verabschiedung ihren Wohnsitz nicht in Charlow, Kiew, Jekaterinoslaw, Odessa, Nikolajew und Cherson, sowie in einem Umkreise von 50 Werst von diesen Städten nehmen dürfen. Ferner ist Ende März ein großer politischer Prozeß in Kiew gegen 18 Personen, darunter der Professor Bassiljew und der ehemalige Prokurur Tschelaboff, begonnen worden. Hier hat Anfang April der allukrainische Propagandistenkongreß begonnen, um über neue Methoden der antireligiösen Propaganda zu beschließen. Auch sollen die Arbeitermassen fortan systematischer als bisher im Sinne der Partei „geistig gefaßt“ werden.

Eine andere Schulung des gesamten ukrainischen Volkes wäre als Vorbedingung für die geistige Entwicklung wohl doch noch wichtiger, als die einseitige und rein parteimäßige Schulung der Arbeitermassen. Nach den Angaben des Kommissariats für Volksbildung, das sicherlich kein Interesse daran haben kann, übertriebene Mitteilungen zu machen, befinden sich in der Ukraine unter den Kindern von 12 bis 16 Jahren nicht weniger als 56,3 Prozent Analphabeten. Das ist sehr bezeichnend, wenn man hört, daß die durchschnittliche Dauer des Schulunterrichts nicht wie in den westlichen Ländern etwas 8 Jahre beträgt, sondern nur etwa 2 1/2 Jahre. Wenn die Kinder nur so kurze Zeit Unterricht genießen, so ist es sehr bezweifelhaft, daß sie sehr bald wieder das Erlernete vergessen. Angesichts der ungeheuren Zahl von Kindern, die weder lesen noch schreiben können, sollte man meinen, daß ein ungeheurer Bedarf an Lehrkräften vorhanden sein müßte, damit recht rasch eine Besserung der Zustände herbeigeführt wird. Statt dessen aber hört man, daß von der etwa 40 000 Köpfe zählenden Lehrerschaft 12 000 arbeitslos sind.

Dieser Zustand ist unsummerwürdig, als schon seit Tage und Tag die herrschende Partei der Ukraine darauf ausgesetzt, eine zielbewusste Ukrainisierung der Bevölkerung durchzuführen. Eben jetzt wieder hat eine Resolution des Zentralkomitees der kommunistischen Partei sich für eine energische Ukrainisierung des Sowjet- und Parteiapparates ausgesprochen. Das beste Mittel aber zur Ukrainisierung wäre zweifellos die Schule, die man aber verrotten läßt, weil man das Hauptinteresse der „Parteireinigung“ zuwendet.

Ehrung eines spanischen Dichters durch die Deutschen in Barcelona

Aus Barcelona, im April, wird uns geschrieben:

Während der zweiten Hälfte des vorigen Monats hat sich der berühmte spanische Dichter und Träger des Nobelpreises für Literatur, Jacinto Benavente, hier aufgehalten und eine Reihe von Vorträgen gehalten. Der Dichter hat in den letzten Monaten zahlreiche Reisen in Spanien und Lateinamerika unternommen und war bisher überall der Gegenstand lebhaftester Eulodigungen und hoher Ehrungen (in Madrid auch seitens des Königs).

Wenn er in Barcelona im allgemeinen nicht ganz so lebhafte gefeiert wurde, so ist dies auf zwei Ursachen zurückzuführen: einmal auf seine großspanische Gesinnung, für die die separatistische gesinnten Katalanen wenig übrig haben und zweitens auf seine ausgesprochen deutschfreundliche Gesinnung die Veranlassung gewesen ist, daß die hier sehr rege französische Propaganda alles getan hat, um dem berühmten Freunde Deutschlands eine möglichst kühle Aufnahme zu sichern. In der Tat ist Benavente schon während des Krieges — ganz im Gegensatz zu seinem überenthusiastischen Kollegen Blasco Ibanez, der in gemeinen Machwerken Deutschland angegriffen hat — immer wieder öffentlich für Deutschland eingetreten.

Es war darum in hohem Maße gerechtfertigt, daß die deutsche Kolonie Barcelonas die Gelegenheit des Besuchs Benaventes wahrzunehmen hat, ihm, dem neuen Ehrenbürger der Universität Freiburg einen herzlichen Empfang zu bereiten, der im Deutschen Vereine Germania veranstaltet wurde. Zu diesem Empfange waren außer dem Deutschen Generalkonsul und fast allen Mitgliedern der deutschen Kolonie, eine Anzahl spanischer Wissenschaftler, darunter der Universitätsprofessor Parrera, erschienen. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Vereins Germania trat Benavente selbst seinen berühmten Prolog zu den „Intereses Creados“ vor. Besonders verständig wurde das Fest durch eine Reihe von Klavierkonzerten des berühmten Wiener Pianisten Emil von Sauer, der gleichzeitig mit Benavente in Barcelona anwesend war und der hier auch bei der spanischen Bevölkerung ganz außerordentlich volkstümlich ist.

Die angesehenste Zeitung Barcelonas, „La Vanguardia“, hat einen längeren Bericht über den in jeder Weise wohlgegelungenen Empfang Benaventes im deutschen Klub Germania veröffentlicht.

Beamtenabbau auch in Palästina

Aus Jaffa, Anfang April, wird uns geschrieben:

Die Verwaltung von Palästina hat bisher England wenig reiner Freude bereitet. In wirtschaftlicher Hinsicht hat das Land wohl gewisse Fortschritte gemacht, aber zu erheblicher Bedeutung dürfte es wohl nicht sobald gelangen. In politischer Hinsicht aber haben sich für England allerdings Unbequemlichkeiten und Verdrießlichkeiten ergeben, weil es trotz aller Bemühungen der britischen Verwaltung des Landes nicht gelungen ist, ein leidliches Verhältnis zwischen Juden und Arabern herzustellen. Infolgedessen befindet sich England in einem unangenehmen Dilemma zwischen den Versprechungen, die es den Juden gegeben hat und den politischen Rücksichten, die es aus triftigen Gründen — die für England weit über die Bedeutung Palästinas hinausgehen — auf die Empfindlichkeiten und Ansprüche der Araber nehmen muß.

Da also England aus der Palästina-Affäre weder wirtschaftliche noch politische Vorteile herauszuschlagen kann, so will es wenigstens die Kosten verringern. Aus diesem Grunde hat es schon vor Jahr und Tag einen Teil der bewaffneten Macht zurückgezogen, obwohl die Verhältnisse im Lande keineswegs ganz ruhig und sicher waren. Jetzt folgt der Reduktion der Truppen ein Abbau der Beamtenschaft. Im

April 1923 zählte Palästina 377 britische Beamte, im April 1924 aber nur noch 271, es hat also eine Reduktion um 106, also um mehr als ein Viertel, stattgefunden. Unter den zurückgetretenen Beamten befinden sich eine ganze Anzahl höherer Funktionäre, wie der stellvertretende des Schatzsekretärs, der Präsident des palästinensischen Landgerichts, der Kommandant der palästinensischen Gendarmerie, der Direktor für das Einwanderungswesen und der Gouverneur des Distrikts Verseba. Die meisten der von diesen Beamten innegehabten Stellen sollen nicht wieder besetzt werden. Auch der stellvertretende Staatssekretär bei der Regierung, Edward Keith, verläßt seinen Posten, um als Vertreter der Regierung von Palästina bei dem Kolonialamt in London tätig zu sein.

Zur Lage in Rumänien

Aus Bukarest, 10. April, wird uns geschrieben:
Die Oppositionsparteien wittern Morgenluft und hoffen, das schon so lange Zeit am Nuder befindliche Kabinett Bratianu bald stürzen zu können. Zu diesem Zwecke werden zwischen ihnen Einigungsverhandlungen geführt. Zu einem Abschluß dieser Verhandlungen ist es allerdings bisher noch nicht gekommen, aber es ist doch sowohl auf einer großen Parteiverammlung der Nationalpartei in Bukarest wie in Versammlungen der Averescu-Partei in Jassy und Czernowitz der Wille zur Bildung einer geschlossenen Kampffront sehr energisch zum Ausdruck gebracht worden. Man scheint entschlossen zu sein, den Sturz des Ministeriums Bratianu unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu erzwingen.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß der Moment zu einer solchen Aktion günstig gewählt ist, denn die Unzufriedenheit über die innerpolitischen Zustände ist groß und einige außenpolitische Forderungen haben natürlich ebenfalls die Stellung der Regierung nicht gerade befestigt.

In der inneren Politik ist zunächst die Erbitterung der nationalen Minderheiten, insbesondere auch der Deutschen, zu registrieren. Grund dazu bildet vor allem die Annahme des Gesetzesentwurfes über die staatlichen Volksschulen im Senat, der sich die Vertreter der Minderheiten, vor allem der Stadtpfarrer Schullers aus Hermannstadt, sehr energisch, aber leider erfolglos, entgegengesetzt haben, weil sie die Gefahren der Romanisierung der Kinder dienenden neuen Bestimmungen erkannten, leider wurden aber die Abänderungsanträge, die eine Milderung der Bestimmungen erstrebten abgelehnt. Der zu einer Vollziehung nach Kronstadt einberufene Deutsch-Bukarester Volksrat für Siebenbürgen hat einstimmig den Beschluß gefaßt, den Kampf gegen die Schulgesetzentwürfe der „liberalen“ Regierung mit aller Entschiedenheit aufzunehmen.

Wie die nationalen Minderheiten, so sind auch die Juden sehr gegen die gegenwärtige Regierung eingenommen, die früher den jüdenfeindlichen Ausschreitungen, an denen es in Rumänien nie gefehlt hat, mit ziemlichem Nachdruck entgegengetreten ist, jetzt aber sich durchaus passiv verhält. Sowohl in Bukarest wie in Czernowitz haben in den letzten Wochen sehr erhebliche Exzesse stattgefunden, bei denen Juden schwer mißhandelt und jüdische Läden und Kaffeehäuser, in Czernowitz auch ein jüdisches Theater, demoliert wurden, ohne daß die Behörden eingegriffen hätten. Außerdem sind die den Juden nahestehende Zeitungen sehr beunruhigt über die für die Juden nach ihrer Auffassung sehr nachteiligen Bestimmungen über den Erwerb und Verlust der rumänischen Staatsbürgerschaft.

Diese Zustände, besonders die Ausschreitungen in Czernowitz und Bukarest, werden gründlich von der Opposition ausgenutzt, die der Regierung vorwirft, sich als unfähig zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu erweisen. Dabei ist aber ein gut Teil von Heuchelei, denn da die antisemitische Welle zweifellos durch fast alle Schichten der Bevölkerung und alle Parteien Rumäniens geht, so würden die Vorfälle in Bukarest und Czernowitz kaum anders verlaufen sein, wenn eine von den oppositionellen Parteien am Nuder gewesen wäre.

In noch höherem Maße nutzt die Opposition die außenpolitischen Verdrüsslichkeiten der letzten Zeit aus. Die Reise des rumänischen Königs paares hatte die Stellung der Regierung befestigen sollen, aber da wegen peinlicher „Missverständnisse“ mit Italien und Spanien das Reiseprogramm, das den Besuch von Rom und Madrid vorgesehen hatte, ganz wesentlich abgeändert werden mußte, so ist der innenpolitische Erfolg ausgeblieben, denn die Opposition schlägt natürlich die Verhandlungen mit Mussolini und Primo de Rivera gründlich aus, und spricht sogar von „gespannten Beziehungen zwischen dem König und dem Ministerpräsidenten“.

Ein weiteres außerpolitisches Mißgeschick ist der Verlauf der Wiener Konferenzen. Man hatte zwar von vornherein den Erfolg der Besprechungen mit den russischen Delegierten in Wien als zweifelhaft angesehen, aber man hatte wenigstens geglaubt, daß die Verhandlungen mit den Österreichern sehr glatt und angenehm verlaufen würden. Nun ist es mit den Russen sehr schnell zum Bruch gekommen und mit den Österreichern ist man ebenfalls unzufrieden, weil man ihnen vorwirft, für die Russen und gegen die Rumänen Partei zu nehmen. Es ist bezeichnend, daß selbst der „Bitorul“, der als offizielles Blatt doch eine vorsichtige Sprache führen müßte und der außerdem zurzeit des Besuches des österreichischen Botschafters in Bukarest sich in überschwenglichen Freundschaftsbekundungen erging, jetzt eine sehr unfreundliche Stellung gegen Österreich einnimmt und die österreichische öffentliche Meinung beschuldigt, sich den Einflüsterungen der russischen Staatsmänner zu sehr zugänglich zu zeigen.

So scheint also das Terrain für einen Sturmangriff für die Opposition recht gut vorbereitet zu sein.

Kurze Nachrichten

Rücktritt v. Kahr. Der Regierungspräsident von Oberbayern, Herr v. Kahr, der zwar wieder in München ist, aber seine Amtsgeschäfte nicht wieder aufgenommen hat, wird sein Amt nicht mehr antreten. Sein Rücktritt von seinem Posten soll, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, noch vor dem Zusammentritt des neuen Landtags erfolgen.

Böhmische und bairische Volkspartei. Gegenüber Gerüchten, die von einer Milderung der Gegensätze zwischen den böhmischen und der bairischen Volkspartei sprechen, und von einer angeblich vorhandenen Lust zur Regierungsbeteiligung in den böhmischen Kreisen, stellt der „Böhmische Bloch“ fest, „daß weder der böhmische Bloch noch einzelne Kreise desselben daran denken, sich an einer Koalitionsregierung zu beteiligen. Alle derartigen Gerüchte gehören in das Gebiet der „Wahllüge“.

Italienerreisen und deutsche Kindernot. Der Pariser „New York Herald“ meldet aus Washington, daß das vom Repräsentantenhaus angenommene Gesetz, der deutschen Kinderhilfe einen Betrag von 10 Millionen Dollars zu überweisen, vom Senat unerledigt gelassen werde. Die Nachricht, die offenbar propagandistischen Zwecken dient, behauptet, die Haltung des Senats sei darauf zurückzuführen, daß deutsche Touristen in Italien übertriebene Ausgaben machten.

Ein Republikstuhgesetz in Griechenland. Wie das aus Athen berichtet, hat die Regierung ein Dekret zum Schutze der Republik erlassen, das für 10 Jahre in Kraft tritt. Es werden darin strenge Strafen, wie Gefängnis, Deportation usw. für jede Handlung, für jede Veröffentlichung, für jedes Wort angeordnet, die bestimmt sind, die Autorität der Republik zu verringern und ihre Gültigkeit oder die Gültigkeit der Volksabstimmung in Zweifel zu ziehen.

Badischer Teil

Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge in Baden

Eine weitere Bestimmung von großer Härte für die einzelnen Gliedstaaten war die Bestimmung in der Verordnung vom 15. Oktober 1923, nach der die Beiträge der Krankenkassen an die Verwaltungsgemeinde des öffentlichen Arbeitsnachweises abzuführen waren, in deren Bezirk die Kasse ihren Sitz hat. Hieraus sind widerspruchsvolle Fälle entstanden. So war der Sitz der Betriebskrankenkasse der Eisenbahnenverwaltung eines großen deutschen Bundesstaates zufälligerweise in einem kleinen Ort, an dessen zugehörige Verwaltungsgemeinde des öffentlichen Arbeitsnachweises die gesamten Beiträge dieser Kasse abzuführen waren, während z. B. der öffentliche Arbeitsnachweis der Landeshauptstadt, in dessen Bezirk naturgemäß eine große Anzahl Eisenbahnarbeiter beschäftigt waren, von den Beiträgen überhaupt nichts erhielt. Ähnlich lagen die Verhältnisse bei den Erbschaften der Handlungsgehilfen, deren größere ihren Sitz in Hamburg, Barmen, Köln, Magdeburg usw. haben. Der Ausfall den hierdurch die öffentlichen Arbeitsnachweise Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim erlitten, war ganz empfindlich. Auch hier hat die neue Regelung Abhilfe geschaffen. Die Vollzugsverordnung des Reichsarbeitsministers vom 25. März 1924 bestimmt, daß Zweigstellen von Krankenkassen, Betriebskrankenkassen und Erbschaftenkassen, die bei ihnen eingehenden Beiträge an die für ihren Sitz empfangsberechtigte Stelle abzuführen haben. Zweigstellen im Sinne dieser Bestimmung sind alle Stellen und Personen, denen für einen Unterbezirk die Einhebung der Krankenkassenbeiträge obliegt.

Entscheidend für Baden, wie auch für die übrigen Gliedstaaten, ist noch die Bestimmung, nach der die oberste Landesbehörde anordnen kann, daß die Beiträge nach dem Gesamtaufwand eines größeren Bezirkes bemessen werden. Die Errichtung einer derartigen sogenannten Gefahrengemeinschaft ist dann von erheblicher Bedeutung, wenn die einkommenden Beiträge der einzelnen Arbeitsnachweise die Kosten des Bezirkes decken oder gar übersteigen, weil die Gefahr besteht, daß einzelne Arbeitsnachweisbezirke, die infolge günstiger Verhältnisse nur gering durch Erwerbslosigkeit belastet sind, mit ihren Beiträgen zurückgehen, während andere mit ungünstigeren Bedingungen belastet sind. Hierin liegt eine Verletzungsgefahr, die nur durch den nachdrücklichen Zusammenschluß in eine Gefahrengemeinschaft beglichen werden kann. Aus der Verschiedenartigkeit von Beiträgen innerhalb eines Landesamtsbezirks ergibt sich auch der Widerspruch, daß Land und Reich unter Umständen an einzelne schwer belastete Arbeitsnachweisbezirke Beihilfen gewähren müßten, während ein Teil des Landes mit seinen Beiträgen unter das Höchstmaß zurückgegangen ist. Das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb eines Landesamtsbezirkes muß in dem Gemeinschaftsinn sich wieder spiegeln. In Baden hat ein Teil der Arbeitsnachweisbezirke bereits angefangen, sich selbständig zu fragen, ja sogar schon überprüfungen zu erzielen und erwogen, die Beiträge herabzusetzen (Willingen, Pforzheim), während andere wie Mannheim, Heidelberg, Bruchsal, Karlsruhe, Freiburg, noch stark mit Erwerbslosigkeit belastet sind, die wohl noch längere Zeit andauern wird. Der Badische Arbeitsminister hat deshalb mit Verordnung vom 29. März 1924 für den Bezirk des Landesamtes Baden eine derartige Gefahrengemeinschaft gebildet und den Verwaltungsausschuß des Landesamtes damit beauftragt, den einheitlichen Beitrag festzusetzen. Die öffentlichen Arbeitsnachweise haben 75 Prozent ihres monatlichen Überschusses an ein Ausgleichskonto beim Arbeitsministerium abzuliefern, aus dem zuzuschüssbedürftige Arbeitsnachweisbezirke dann Beihilfen erhalten können. Die Gefahr eines zentralisierten Verwaltungskörpers ist hierbei vermieden. Die Einziehung der Beiträge sowie die Betreuung des einzelnen Arbeitsnachweises und dessen Geldwirtschaft, ist Sache des Arbeitsnachweises selbst. An die zusammenfassende Stelle des

Landes ist monatlich unter Vorlage einer Abrechnung von dem Arbeitsnachweis mit Überschuss, ein Teil des Überschusses abzuführen. Gerade hierdurch erhofft man das Verständnis für den Zusammenschluß noch zu stärken, da die Möglichkeit der Rücklagebildung für den einzelnen Arbeitsnachweis gegeben ist, mit dem er sich ein Bestand ansammeln kann, um örtliche Schwankungen innerhalb seines Bezirkes ausgleichen zu können. Es muß gerade hierbei immer wieder darauf hingewiesen werden, daß Reichs- und Landesmittel künftighin u. a. nur dann in Anspruch genommen werden können, wenn die Höchstbeträge mindestens 2 Wochen lang erhoben worden sind. Der Verwaltungsausschuß des Landesamtes für Arbeitsvermittlung hat in seiner letzten Sitzung den Beitrag für die Monate April und Mai auf 3 Prozent des Grundlohnes festgesetzt.

Vorausichtlich werden in allernächster Zeit die Gesamtkosten der Erwerbslosenfürsorge durch die Beiträge getragen werden, unter vollständiger Entlastung der Staatskasse. Bei Abfassung dieses Berichtes waren noch 27 312 Vollerwerbslose vorhanden. Die Erwerbslosenzahl ist mithin seit Februar ganz erheblich gesunken. Da die Kurzarbeiterunterstützung mit dem 1. April 1924 in Wegfall gekommen ist, tritt auch hierdurch eine erhebliche geldliche Erleichterung ein. Demgegenüber steht eine Zahl von etwa 677 000 Krankenkassenmitglieder in Baden (Jahr 1922). Zieht man hiervon die für die Erwerbslosenfürsorge nicht Versicherten ab, so wird man mit einer Zahl von 500—550 000 Beitragspflichtigen rechnen können. Unter Berücksichtigung der Verwaltungskosten und der sonstigen Ausgaben dürfte sich bei einer Erwerbslosenzahl von etwa 30—35 000 — sofern es gelingt, die Beiträge rechtzeitig einzuholen — die Erwerbslosenfürsorge in Baden auf Grund der geschlossenen Gefahrengemeinschaft durch Beiträge tragen, auch dann, wenn die Unterstützungssätze noch etwas erhöht werden. Selbstverständlich muß es Ziel sein, sobald diese Lastfrage erwiesen ist und eine kleine Ausgleichsrücklage für Schwankungen vorhanden ist, die Beiträge dementsprechend herabzumindern, da die Last der Beiträge bei den augenblicklich schwierigen Wirtschaftsverhältnissen auf Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, gleichschwer drückt. Hauptache ist augenblicklich die Erwerbslosenfürsorge so sicher zu stellen, daß sie ohne Staatsbeihilfe auskommen kann.

Nach dieser Darstellung dürften sich die Verhältnisse für die Erwerbslosenfürsorge wohl im Laufe der nächsten Zeit im finanziellen Aufbau günstiger gestalten, sofern die Erwerbslosigkeit nicht ansteigt, so daß dem inneren Ausbau selbst mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden kann. Hierzu seien mir einige Bemerkungen gestattet.

Die Erwerbslosenfürsorge hat durch die Neuordnung eine Entwicklungsrichtung nach der Erwerbslosenversicherung hin eingeschlagen, eine Richtung, die durchaus gesund ist. Leider ist der Versicherungsgedanke nicht konsequent und klar herausgestellt. Die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung, die Verbindung der Zulassung mit dem Begriff der Kriegsfolge, sowie der Ausschluss beitragspflichtiger Mitglieder aus der Erwerbslosenfürsorge durchbrechen ihn. Es ist wohl zu hoffen, daß diese Mängel sich von selbst ausbilden werden, denn die guten Erfahrungen, die man bisher mit dem Grundgedanken der Erwerbslosenversicherung gemacht hat, werden dort selbst forttreibend eingreifen. Der Versicherungsgedanke setzt aber auch selbstverständlich gute Leistungen voraus. Ein erheblicher Mangel der Erwerbslosenfürsorge sind die ständig zu niedrigen Erwerbslosensätze, die außerdem noch in drei Wirtschaftsklassen gestuft sind. Den verschiedenen badischen Verhältnissen ist schon genügend Rechnung getragen durch die 4 Ortsklassen. Bei konsequenter Durchführung des Versicherungsgedankens müssen die Sätze so bemessen sein, daß sie dem Erwerbslosen auch tatsächlich ermöglichen, sein Leben unter den dringendsten Einschränkungen zu fristen, das heißt, daß er mit seiner Familie satt wird, seine Wohnung beibehalten und bei längerer Erwerbslosigkeit gelegentlich ein Bekleidungsstück beschaffen kann. Augenblicklich werden die Gemeinden in viel zu starkem Maße durch die geringen Sätze gezwungen, die Armenfürsorge herbeizuziehen, was auf die Dauer unhaltbar ist. Auch eine Stufung zwischen den Sätzen der Männer und Frauen ist dann unbedeutend, wenn die Frauen selbst Ernährer der Familien sind; Verhältnisse, die in dem augenblicklichen Wirtschaftszustand leider sehr häufig vorkommen. Hieron werden besonders betroffen in Baden die Textilindustrie, die Schmutzwarenindustrie und teilweise auch die Handelsangestellten.

Zur Rede des Prinzen Max von Baden

Bei Besprechung der Rede des Prinzen Max von Baden in Heidelberg stellt das „Journal“ laut das fest, daß man hier vor einer amtlichen germanischen Propaganda stehe, deren Ziel es sei, eine Nämung des Ruhrgebietes und Herabsetzung der Truppenbestände auf dem linken Rheinufer zu erreichen, bevor man mit der Durchführung von irgend etwas begonnen habe. Dazu erklärt das WTB: Zu dieser Behauptung ist zu bemerken, daß Prinz Max durchaus nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern als Privatmann mit den ausgesprochenen Wünschen gesprochen hat, wobei er auch sein politisches Glaubensbekenntnis abgelegt hat. Was die Nämung des Ruhrgebietes betrifft, so ist davon nicht weiter die Rede gewesen, wenn auch der Prinz wie jeder Friedensfreund wünschen muß, daß die Nämung um der baldigen Befriedigung Europas willen rasch von statten gehen möge.

Tagung der katholischen Kirchensteuervertretung

Der Erzbischof in Freiburg hat die Einberufung der katholischen Kirchensteuervertretung auf Mittwoch, den 7. Mai 1924, nach Freiburg angeordnet. Die Tagung findet im Städtischen Kornhaussaal am Münsterplatz statt.

Jahresversammlung der kirchlich-positiven Vereinigung

ep. Am Dienstag fand in Karlsruhe im evangelischen Vereinshaus die Jahresversammlung der kirchlich-positiven Vereinigung statt. Etwa 150 Mitglieder, Geistliche und Laien, hatten sich aus allen Teilen des Landes zu den Beratungen in geschlossenem Kreis zusammengefunden. Eingeleitet wurde die Versammlung mit einer Andacht von Pfarrer Hoffmann-Heim. Der Vorsitzende, Kirchenrat D. Wirth-Welten, gab in einem eingehenden Referat eine umfassende Übersicht über die großen, evangelisch-kirchlichen Aufgaben, besonders in der gegenwärtigen Lage der badischen Landeskirche. Eine eingehende Aussprache, die bis gegen den Abend fortgeführt wurde, ergab eine wesentliche Einigkeit in allen grundlegenden Fragen. Es wurde besonders begrüßt, daß sich die zahlreich erschienenen „Junageliebten“ zur Mitarbeit bereit erklärten. Den positiven Mitgliedern der Landes Synode sprach die Versammlung für ihre Haltung bei den letzten Tagungen ihre Zustimmung und ihr Vertrauen aus.

Kommunale Rundschau

Der Kreisrat Freiburg i. Br. genehmigte den von der Kreisverwaltung aufgestellten Voranschlag für das Rechnungsjahr 1924/25. Zur Durchführung von Heilberufen werden wie früher an minderbemittelte Personen Kreisbeiträge gewährt. Die Satzungen für die Kreisstraßen- und Wegwärter, sowie die Änderung über die Anschließung wurden mit Wirkung vom 1. April 1924 ab für gültig erklärt. Es wurde außerdem noch ein Kreisbeitrag von 1500 Mark zur Einfuhr von Buchstängeln und Buchstaben durch die Schwarzwalder Pfandbesitzer genehmigt.

Dem Bürgerausschuß Offenburg liegt eine Vorlage vor, die eine jährliche Entschädigung der Stadträte von 800 Mark und eine Vergütung an die Mitglieder des Bürgerausschusses von jährlich 300 Mark mit Wirkung vom 1. April 1924 ab vorsieht. Zur Förderung des Wohnungsbaues, soll die Stadt die Bürgerschaft und Ausbittungsgarantie für hypothekarisch gesicherte Darlehen bis zum Höchstbetrage von 1 Million Mark zum Bau von Wohnungen unter der Bedingung übernehmen, daß der Darlehensbetrag für den Wohnungsbau in der Gemarkung der Stadt verwendet wird und die Wohnungen während der Dauer der Zwangswirtschaft hinsichtlich ihrer Vergebung und Vermietung den wohnungsrechtlichen Vorschriften unterstellt werden. Für Villen-, Luxus- und Geschäftsbauten gewährt die Stadt keine Garantie.

Kathausneubau in Duggingen. Von den von 7 Architekten eingereichten Plänen zum Kathausneubau in Duggingen wurde der von Architekt Hertel von Badenweiler entworfene Plan durch die Baukommission als der beste bezeichnet und es wird infolgedessen das Rathaus entsprechend diesem Entwurfe erbaut.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Gedächtnis der Großherzogin Luise hielt am Donnerstag, ihrem Todestag, in der überfüllten Schloßkirche Prälat D. Schmittke eine Gedächtnisfeier ab. In seiner Ansprache entwarf er ein religiöses Charakterbild der Großherzogin; er zeigte, wie ihr ganzes Wesen und Wirken im Evangelium Jesu gewurzelt war. Der Schloßkirchenchor verkündete die Feier durch den Vortrag zweier Chorlieder. — Es ist nunmehr ein Erinnerungsbuch erschienen, in dem auch der Wortlaut der Reden abgedruckt ist, die bei den Trauerfeierlichkeiten im Schloß Baden und in der hiesigen Grabkapelle gehalten worden sind. — Der frühere Großherzog und Gemahlin, sowie Prinz und Prinzessin Max haben an der Grabstätte im Mausoleum Kränze niedergelegt und längere Zeit in stiller Andacht dort verbracht. Auch sonst sind zahlreiche Kranz- und Blumenpenden eingegangen, so u. a. von der Königin von Schweden.

Zum Präsidenten der Oberpostdirektion Karlsruhe wurde endgültig Oberpostrat Rimmelin ernannt.

Landestheater. Da Herr Palke erkrankt ist und daher an den nötigen Proben für „Amerlan“ nicht teilnehmen kann, so muß die für Sonntag, den 27. April, angeetzte Aufführung von „Amerlan“ verschoben werden. Dafür geht Albers „Tiefland“ in Szene. Das Werk wird anlässlich des 60. Geburtstages des Komponisten aufgeführt und war für diesen Zweck ursprünglich eine Woche später angeetzt. An Stelle der für Dienstag, den 29. angekündigten Wiederholung von „Amerlan“ findet nunmehr eine Aufführung von Bizets „Carmen“ statt. — Am Sonntag, den 27., vormittags 11 1/2 Uhr, findet die vierte musikalische Morgenfeier statt, die nach gewohnter Weise ein interessantes Programm aufweist. Zu

Badisches Landestheater.

Samstag, 26. April. 7 1/2, b. n. 10 Uhr. Sp. I 4.20 M. Abonn. F 19. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4901—5100, II. und III. Sondergruppe.

Kyritz-Pyritz.

Spielplan vom 27. April bis 6. Mai. Im Landestheater. So. 27. vorm. 11 1/2. IV. Musikalische Morgenfeier. Werke von Bach. Dirigent: Alfred Lorenz. Solisten: Marie von Ernst, Ottomar Voigt, Emil Weimershaus, Hubert Heinen. (1.00 bis 0.75.) Abends 8 1/2. Abonn. C 20. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1901—2100. Gastspiel Robert vom Scheidt vom Opernhaus Frankfurt a. M. Anlässlich des 60. Geburtstages Eugen d'Alberts. Tiefland. Sebastiano: Robert vom Scheidt. (Sp. I 7.20.) — Mo. 28. Abonn. D 20. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5101 bis 5200, 5301—5600, 7101—7300. Russischer Komödienabend. Die Spieler. — Die Kullissen der Seele. — Der Heiratsantrag. 7 1/2. (Sp. I 4.20.) — Die 29. Abonn. B 19. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2501—2600, 4001 bis 4300. Carmea. 7. (Sp. I 5.40.) — Mi. 30. Abonn. E 19. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3001—3100, 5801—6000. Figaros Hochzeit. 7. (Sp. I 5.40.) — Do. 1. Mai. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501—700, 2101—2200, 7401 bis 7800. Kyritz-Pyritz. 7 1/2. (Sp. I 4.20.) — Fr. 2. Abonn. G 19. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 901—1200. Fidelio. 7 1/2. (Sp. I 5.40.) — Sa. 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 301—500, I. Sondergruppe. Zum ersten Male: Der Teufelschüler. Schauspiel in 3 Aufzügen von Bernard Shaw. Deutsch von Siegfried Trebitsch. 7 1/2. (Sp. I 4.20.) — So. 4. vorm. 11 1/2. V. Musikal. Morgenfeier. Werke von Mozart. Dirigent: Fritz Cortolezis. (1.00 bis 0.75.) Abends 8 1/2. Abonn. F 20. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1—300. Der Zigeunerbaron. (Sp. I 7.20.) — Mo. 5. Volksbühne Q. L. Die Jungfrau von Orléans. 7. (Sp. I 4.20.) — Die 6. Unter Leitung von Generalmusikdirektor Otto Klemperer-Köln a. Rh. X. Sinfonie-Konzert des Bad. Landestheaterorchesters. Mozart—Beethoven. In Verbindung mit der Th.- und Konzertgemeinde B.V.B. 8. (Sp. I 3.50.)

nächst wird das Doppellkonzert für 2 Violinen in d-moll gespielt, hierauf die Solokonzerte für Sopran. Den Beschluß macht das 8. Brandenburgische Konzert. Als Solisten wirken mit: Kammerfängerin Marie von Ernst, die Herren Konzertmeister Voigt und Weimershaus. Den Tempolopart spielt Herr Heinen. Die Leitung der Morgenfeier hat Staatskapellmeister Alfred Lorenz für den nach Wien beurlaubten Operndirektor Cortolezis übernommen. — In der am Sonntag, den 27. an Stelle von „Amerlan“ angeetzten Aufführung von Albers Oper „Tiefland“ wird für den kontraktlich beurlaubten Kammerfänger Wiltner der bekannte Heldentenor der Frankfurter Oper Robert vom Scheidt als Sebastianus gewechselt.

Zutandekommen-Vortrag. Heute, Freitag, den 25. April, wiederholt Dr. Ernst Bitter, Rostos am Völker-Museum in Frankfurt, seinen vor vier Wochen mit so großem Erfolge aufgenommenen Lichtbildervortrag über die ägyptischen Ausgrabungen. Er gibt in seinem Vortrag ein geschichtliches und kulturhistorisches Bild des Pharaonenreichs um 1350 vor Christi Geburt. Der Vortrag war beim ersten Male ausverkauft, auch dieses Mal zeigt sich lebhaftes Interesse, er beginnt abends 8 Uhr im Eintrachtssaal. Es sind noch Karten im Vorverkauf bei Kurt Reufeldt, Waldstraße 39, sowie an der Abendkasse erhältlich.

Kurze Nachrichten aus Baden

Von den badischen Hochschulen. Der Vertreter der systematischen Philosophie an der Universität Heidelberg Prof. Heinrich Wierst, wurde anlässlich des Jubiläums von der juristischen Fakultät der Universität Königsberg zum Ehren doktor ernannt.

Landesverband der Bad. Küfer- und Käßlermeister. Die nächstjährige Tagung des Landesverbandes der badischen Küfer- und Käßlermeister findet in Konstanz statt.

Ein badischer Malertag findet am Sonntag in Karlsruhe statt.

Unterstützung der Fürsorgevereine. Der Erzbischof hat an die Diözesanen einen Aufruf zur Unterstützung der katholischen Fürsorgevereine erlassen. Am Guten Dienstonntag, den 11. Mai findet in allen Pfarr- und Filialkirchen eine Kirchenkollekte für die Fürsorgevereine der Erzdiözese statt, die der Freigebigkeit der Gläubigen warm empfohlen wird.

DZ. Mannheim, 24. April. Wie der Polizeibericht meldet, wurden am Dienstag wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz 10 Personen festgenommen.

DZ. Malsch (Amt Ellingen), 24. April. Die Dachpappenfabrik von Gustav Schlapper Witwe wurde gestern nachmittag ein Raub der Flammen. Der Gebäude- und Materialschaden ist beträchtlich. Das Wohnhaus konnte gerettet werden. Die Brandursache ist unbekannt.

DZ. Konstanz, 24. April. Zu dem bereits gemeldeten Abschluß der zweiten Schweizerpeisung ist noch zu berichten, daß in den 150 Tagen insgesamt 184 000 Eimer verarbeitet wurden. Der Kohleverbrauch, der sich zur Herstellung der Speisen auf 56 000 Kilogramm Kohlen und 44 000 Kilogramm Koks belief, wurde von der Firma Stromeyer unentgeltlich zur Verfügung gestellt. An Geldern gingen mit den Spenden des Schweizer Hilfskomitees insgesamt 70 000 Franken ein.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark

	25. April		24. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 566 100	1 573 900	1 566 100	1 573 900
Kopenhagen	704 200	707 800	704 200	707 800
Italien	187 500	188 500	188 500	189 500
London	18 405 000	18 495 000	18 455 000	18 545 000
Newyork	4 190 000	4 210 500	4 190 000	4 210 500
Paris	267 300	268 700	274 300	275 700
Schwiz	744 100	747 900	746 100	749 900
Bras	124 600	125 400	124 600	125 400
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200	60 800	61 200

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 22. April d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 94 sh 2 d bezw. für ein Gramm Feingold 36,3303 Pence.

Im Konzerthaus. So. 27. und So. 4. Mai jeweils 7. (Park I 3.00.) Abonnements-Einzel für das 6. Sechstel (21.—24. Vorstellung vom 28. April bis 1. Mai. Hauseinzug vom 2. Mai an. Einzugsgebühr: Preis einer Straßenbahnfahrt. Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten u. Vorzugsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 26., nachm. 1/4 bis 5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 28., an. Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortrag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1, 4—6 Uhr).

Einfuhr von gefalzenen Dämmen und Säuten aus Rußland. Zur Verhütung der Einschleppung der Rinderpest hat das Ministerium des Innern die Einfuhr von gefalzenen Säuten und Dämmen aus Rußland verboten. Karlsruhe, den 23. April 1924. B.222 Bezirksamt Abt. II. O.3. 43

Bereinscheidung der Staatsverwaltung hier die Umbildung des Bezirksrats Karlsruhe. Infolge Zusammenlegung des Amtsbezirks Durlach mit dem Amtsbezirk Karlsruhe sind die Bezirksräte Gemeinderat Ludwig Nösch in Graben und Architekt Robert Billet in Karlsruhe aus dem Bezirksrat ausgeschieden. An deren Stelle sind getreten: Wagnermeister Christian Jäger in Weingarten und Bürgermeister Karl Jädel in Gröbigen. Der Bezirksrat in Karlsruhe setzt sich demnach zusammen aus folgenden Mitgliedern: 1. Blum Ernst, Schlossermeister in Karlsruhe, 2. Jäger Christian, Wagnermeister in Weingarten, 3. Pfeifer Arthur, Architekt in Karlsruhe, 4. Knopf Anton, Gasthofbesitzer in Karlsruhe, 5. Melcher Leopold, Schlosser in Gröbigen, 6. Erb Gustav, Arbeitersekretär in Karlsruhe, 7. Reinger August, Gemeinderat in Amlingen, 8. Raßmayer Josef, Berufsberater in Bulach,

9. Binder Ludwig, Maler in Hagsfeld, 10. Kammerer Albert, Kaufmann in Graben, 11. Spatz Karl, Lazepiermeister in Karlsruhe, 12. Braun Heinrich IV., Landwirt in Karlsruhe-Heierheim, 13. Jädel Karl, Bürgermeister in Gröbigen, 14. Roßer Eugen, Schlosser in Karlsruhe, 15. Weig August, Angestellter in Mankensloch. Karlsruhe, den 24. April 1924. B.223 Bad. Bezirksamt Abt. I. O.3. 46

Bürgerl. Rechtspflege Streitige Gerichtsbarkeit. B.220. Wolfach. Über das Vermögen des Buchhändlers Fritz Adler in Schiltach wurde heute am 23. April 1924, vormittags 9 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner wegen Zahlungsunfähigkeit die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt hat. Rechtsanwalt Wilhelm Berlein in Wolfach wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 15. Mai 1924 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird Termin anberaumt vor dem beschriebenen Gerichte zur Beschlußfassung über die Verbeihaltung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubiger-

ausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände u. zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag, den 16. Mai 1924, vormittags 1/9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpfändung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgedeckte Forderung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. Mai 1924 Anzeige zu machen.

Wolfach, 23. April 1924. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Öffentliche Verteilung. Montag, den 28. April 1924, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe Steinstraße 23, gemäß § 373 S. 2. G. gegen bare Zahlung bestimmt öffentlich versteigern: Ein 4 Tonnen-Daimler-Lastwagen, 38 PS., Kettenantrieb m. Karbidbeleucht. Karlsruhe, 25. April 1924. Maier, Gerichtsvollzieher.

Öffentliche Mahnung. Die Gläubiger, für welche vor dem 1. Mai 1914 Einträge in unsern Grund- und Pfandbüchern eingetragen sind, werden hiermit aufgefordert, sie für den noch geschuldeten Betrag erneuern zu lassen. Die innerhalb 6 Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden. Ein Verzeichnis der in unsern Büchern vor dem 1. Mai 1914 eingetragenen Einträge liegt in den Diensträumen des Pfandgerichts zu Jedermanns Einsicht offen. D.294 Unterwiltshausen, den 23. April 1924. Das Pfandgericht. Rpf, Bürgermeister. Der Verzeichnisbeamte: Klingler, Rathschreiber.

Vom Ledermarkt. Auf dem Ledermarkt hat sich das lebhafte Geschäft bis in die letzten Tage hinein fortgesetzt. Die Geldingänge blieben jedoch seit mehreren Wochen außerordentlich zurück, wodurch das ganze Geschäft in ein langsames Tempo hineinkam. Die Umsätze gingen infolgedessen stark zurück. Ein großer Teil der Fabrikanten entschloß sich, bereits wieder dazu, mehr oder weniger lange Kredite einzuräumen.

Der Schweinemarkt in Wolfach am 23. April war mit 27 Ferkeln besetzt, für die 30 bis 40 Mark pro Paar gelöst wurden. Der Geschäftsgang war flau. Der am 22. April in Haslach stattfindende Schweinemarkt wies 198 Ferkel auf, für die 20 bis 55 Mark pro Paar gelöst wurden.

Verschiedenes

Zum Eisenbahnunglück bei Dellinzona.

Von unterrichteter Seite hören wir zu dem Unfall in Dellinzona:

In der Presse ist mehrfach der Umstand besonders hervorgehoben worden, daß der erste der so schwer verunglückten Personenzüge ein deutscher Wagen mit Gasbeleuchtung gewesen sei. Hierdurch ist teilweise der Eindruck erweckt worden, als ob die ungeeignete Beschaffenheit dieses Wagens die Schwere des Unglücks verursacht habe, während doch die Zerstörung der Gasbeleuchtungsanlage lediglich eine — Folge — des Zugzusammenstoßes ist, dessen Ursache und Schuldfrage im übrigen noch nicht aufgeklärt zu sein scheint. Nach dem maßgebenden Abereinkommen über die gegenseitige Benutzung der Personen- u. Gepäckwagen im internationalen Verkehr (Reglements internationale carrossa, abgefaßt 1913) sind Gas- und elektrische Beleuchtung gleichmäßig zugelassen, allerdings suchen die Eisenbahndirektionen in den internationalen Zügen möglichst Wagen mit elektrischer Beleuchtung zu verwenden, da die Füllung der Gasbehälter außerhalb der einzelnen Heimatsverwaltungen vielfach schwierig ist und zweckmäßige Anlagen oft fehlen. Seit 1912 bereits hat man in Deutschland die D-Zugswagen nur noch mit — elektrischer — Beleuchtung besetzt.

Heute haben bereits zwei Drittel aller deutschen D-Zugswagen diese Beleuchtung. Ein Landau des ganzen deutschen Personenzugverkehrs auf elektrische Beleuchtung würde einen Aufwand von rund 300 Millionen Goldmark erfordern. Außerdem sind die Betriebskosten für Steinölheizung nur ein Sechstel der Kosten der elektrischen Batterie- oder Maschinenbeleuchtung. Daß auch bei elektrischer Beleuchtung furchtbare Unfallfolgen eintreten können, hat ein Unfall in Frankreich gezeigt, bei dem die Reisenden durch die Schweißsäure der Batteriebeleuchtung verbrüht wurden. Auch die Behauptung, daß der verunglückte deutsche Wagen leichter als die ausländischen gewesen und dadurch besonders schlimm gerüttelt worden sei, ist unabweisbar. Das Durchschnittsgewicht eines deutschen Schnellzugwagens ist 44 Tonnen, während es im Ausland mit Gebirgslokomotoren nur 36 Tonnen ist. Zudem führen die Schnellzüge in Deutschland grundsätzlich nur vierachsige Wagen, während im Ausland auch zweiachsige Wagen in Schnellzügen fahren. Es dürfte zweckmäßig sein, das Ergebnis der amtlichen Untersuchung der Schweizer Bundesbahnen abzuwarten, bevor man sich in weiteren Mutmaßungen über den bedauerlichen Unfall ergeht.

Wie jetzt sind folgende deutsche Reichsangehörige von den Todesopfern des Eisenbahnunglücks identifiziert worden: Reichstagsabgeordneter Dr. Helfferich und seine Mutter, Direktor Victor Wertheim vom Stahlwerk Beder A.-G., Charlottenburg, Körnerstraße 40, Professor Rheinhold, Berlin-Charlottenburg, Melitta Gode, 40 Jahre alt, aus Altstraßteid bei Hamburg.

Literarische Neuerscheinungen

Felix Braun: Wunderstunden. (Verlag Rütten & Loening, Frankfurt a. M.) — Diese Erzählungen von Felix Braun sind Erlebnisberichte verklärter Wirklichkeit. Geschichten des Alltags, mit fester Hand aus dem Getriebe unserer Zeit und Heimat herausgehoben, weisen sich zu bewegenden Bildern, erfüllt von dem richtigen Leben und der frommen Weisheit des Buches Ruth. Jüdisches mißt sich mit Aberridischen, Heilige und Engel schreiben durch die deutsche Landschaft, Mensch und Ding treten nach geheimem Geheiß ihr gemeinsames Schicksal an, in naturhaftem Wunder verbunden: Gärtner und Garten, Wagn und Entsefeld, Wanderer und Bad. Alles hat tiefere Bedeutung, aber nur in leisen Worten offenbaren sich die Zusammenhänge. Einfach des Herzens, Güte und Demut schufen, ohne Spitz und Phantastik, wahre Wunderstunden im Leben von heute.

Öffentliche Verteilung. Montag, den 28. April 1924, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe Steinstraße 23, gemäß § 373 S. 2. G. gegen bare Zahlung bestimmt öffentlich versteigern: Ein 4 Tonnen-Daimler-Lastwagen, 38 PS., Kettenantrieb m. Karbidbeleucht. Karlsruhe, 25. April 1924. Maier, Gerichtsvollzieher.

Öffentliche Mahnung. Die Gläubiger, für welche vor dem 1. Mai 1914 Einträge in unsern Grund- und Pfandbüchern eingetragen sind, werden hiermit aufgefordert, sie für den noch geschuldeten Betrag erneuern zu lassen. Die innerhalb 6 Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden. Ein Verzeichnis der in unsern Büchern vor dem 1. Mai 1914 eingetragenen Einträge liegt in den Diensträumen des Pfandgerichts zu Jedermanns Einsicht offen. D.294 Unterwiltshausen, den 23. April 1924. Das Pfandgericht. Rpf, Bürgermeister. Der Verzeichnisbeamte: Klingler, Rathschreiber.